

Protest gegen geplantes Neubaugebiet

Vertreter der Bürgerinitiative übergaben 2588 Unterschriften an Bürgermeister Freytag

VON KATHRIN HÖHNE

Brühl. Die Bebauung am nordöstlichen Ortsrand in Schwadorf bleibt umstritten. Auch nach einer Informationsveranstaltung und zweifacher Auslegung des Bebauungsplanes „Östlich Lindenstraße, westlich An der Schallenburg“, wehren sich Bürger weiterhin gegen die Planungen des 2,9 Hektar großen Baugebiets. Ein Wohnquartier soll hier 500 Menschen Platz bieten.

Um dagegen zu protestieren und ihre Bedenken erneut zu bekunden, übergaben Vertreter Bürgerinitiative „Denkmal-bruehl.de“ gestern 2588 Unterschriften. „Wir fordern Rat und Verwaltung auf, sich für eine ausgeglichene und ausgewogene Stadtentwicklung einzusetzen, die neben der Siedlungsentwicklung auch die Sicherung der Freiflächen, Agrarflächen, Grünzüge und Kulturlandschaften in den Blick nimmt und hierbei die verbindlichen Vorgaben des Landesentwicklungs- und Regionalplans einhält“, so die Vorsitzende der Initiative und Bewohnerin der historischen Schallenburg, Rita Lennartz. „Bis dieses Ziel erreicht ist, werden weiter Unterschriften gesammelt“, ergänzte sie. Anwesende kritisierten außerdem die Versiegelung der Fläche. Vertre-



Stellvertretend für 2588 Bürger übergaben Vertreter der Initiative „Denkmal-bruehl.de“ Bürgermeister Dieter Freytag eine Unterschriftenliste.



Am Ortsrand von Schwadorf soll ein Wohnquartier für rund 500 Menschen entstehen.

Fotos: Höhne

ter des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL), die ebenfalls vor Ort waren, bemängelten, dass die historische Sichtbeziehung zwischen Schallenburg und Schloss Augustusburg au-

ßer Acht gelassen werde. Der RVDL wendet sich in einem Schreiben an das World Heritage Center (Unesco Paris), um sicherzustellen, dass für die Schlösser in Brühl weiterhin ein besonderer Schutz gelte. Bürgermeister

Dieter Freytag begrüßte den bisherigen Informationsaustausch und erklärte, mit den Bürgern weiter im Gespräch zu bleiben. Er stellte aber auch klar, dass es zur Bebauung unterschiedliche Auffassungen gebe. Er sehe die

Politik in der Pflicht, Wohnraum zu schaffen. Er versicherte den Bürgern, dass Bauplanungen nach der Flutkatastrophe, die auch zu Schäden an der Schallenburg und im Stadtgebiet geführt hatte, überprüft würden.